

Macht. Journalismus. Politik.

Die No-Billag-Initiative hat die faktische Abschaffung des Schweizer Radio und Fernsehens zum Ziel. Als Partei, welche sich mit dem politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenhalt der Schweiz identifiziert, stellt sich die CVP bekanntlich klar gegen diese Initiative. Dass es jedoch zu einer so extremen Forderung kommen konnte, rückt das schwierige Verhältnis von Macht, Medien und Politik ins Zentrum verbunden mit der Frage auch, ob die SRG nicht zu sehr den polarisierenden Kräften huldigte und ausgerechnet jene Kräfte stärkte, welche sie jetzt abschaffen wollen.

Wie auf Bundesebene hat die CVP auch an ihrem Aargauischen Parteitag die No-Billag-Initiative klar abgelehnt. Als staatstragende Kraft hat unsere Partei den Zusammenhalt der Schweiz verinnerlicht und somit auch den kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Auftrag der SRG. Die CVP sieht sich als Vermittlerin zwischen den Regionen, den Kulturen, den sozialen Schichten und den Generationen. Wir sehen uns als Partei, die für den politischen Ausgleich steht. Für die Vielfalt und den Föderalismus. Eigentlich hat uns die SRG das Leitbild abgeschrieben.

Doch unsere politische Identifikation des Ausgleichs ist publizistisch eine Herausforderung in einer Medienwelt des verschärften Wettbewerbs. Wie Privatmedien lieben auch unsere öffentlich-rechtlichen die polarisierte Debatte und bevorzugen in ihren Auftritten die Polparteien. Diese Bevorzugung führt zur polarisierten Politik, öffnet den Weg zu einem Regierungs- und Oppositionssystem, das bisher in unserem Land weder Tradition hat noch den Erfolg brachte. Wir sind das einzige Land der Welt mit einer direkten Demokratie. Das einzige Land mit einem Konkordanzsystem und einer starken staatstragenden Mitte. Mittelpolitik garantiert für Differenziertheit, Pragmatismus, Lösungsorientiertheit und Ausgleich. Ohne dieses Element verändert sich die Schweiz in ihren Grundfesten. Somit sitzen Medien und staatstragende Politik im gleichen Boot.

Ob privat oder öffentlich, guten Service Public leisten Medienunternehmen, welche die staatspolitischen Grundsät-

ze der Schweiz achten und sich publizistisch nicht allzu sehr verführen lassen von den Extremen. Denn mit der alleinigen Förderung der Polparteien anstelle der gemässigten, dezimieren sie ihre eigenen hohen Ansprüche an Differenziertheit. Zugegebenermassen haben radikale Forderungen Unterhaltungswert und machtvolle Demonstrationen von Geschlossenheit an Parteikongressen beeindruckt. Die Show, die wir bieten dafür, ist die lebendige Debatte, denen dann klare Beschlüsse folgen. So geschehen bei der Parolfassung zum Stipendiengesetz. Voraus-eilender Gehorsam und die Doktrin sind uns fremd.

Guter Service Public liegt in der CVP-DNA. Ich habe mich deshalb gefreut, dass wir an unserem Parteitag ein Gespräch mit Medienschaffenden führen konnten. Mit dem Verleger der AZ-Medien Peter Wanner, mit dem Moderator des Medienclub und der Tagesschau Franz Fischlin und mit dem Leiter des Regionaljournals Aargau Solothurn Maurice Velati. Ein Gespräch über den Leistungsauftrag der SRG, über die Idee Suisse, über Qualität und Journalismus, über eine Medienlandschaft in 20 Jahren. Darüber auch, weshalb es zu viele Debatten gibt ohne die Mitteparteien und diese somit unter die Räder kommen als Stabilitätsfaktoren des politischen Systems. Bei den öffentlich-rechtlichen Medien und bei den Privaten. Darüber, ob die wettbewerbsorientierte und publizistische Revolution nicht gerade daran ist, ihre braven staatstragenden Kinder zu fressen? Und ob die SRG nicht gerade jene Kräfte gross gemacht hat, die sie jetzt bedrohen?



Marianne Binder-Keller, Parteipräsidentin.

Macht, Medien und Politik. Medien und Journalisten gestalten Politik. Erstens, weil sie Macht haben über Politiker, die durch Journalisten ihrerseits zu noch mehr Macht kommen. Zweitens, weil Politik eine attraktive Bühne ist, auf welcher Journalisten ebenso wie Politiker gerne Rollen spielen. Drittens, weil sie selbst politische Menschen sind und sich kaum je auf dem auferlegten Pfad der strikten Neutralität in der Berichterstattung befinden. Sie lassen eigene Ideen einfließen und eigene Thesen. In Kommentaren, in der Priorisierung von Themen und ihnen gewogenen Positionen. Umgekehrt gestaltet die Politik Medien und Journalismus, denn die Qualität des Journalismus liegt in der Qualität des politischen Systems. In der Garantie der Freiheit. Der Offenheit. In der Achtung der vierten Gewalt.

Für einmal stehen Medienschaffende – im speziellen diejenigen des Schweizer Radio und Fernsehens, weil es um ihre Arbeitsplätze geht – mehr im Fokus einer Abstimmung als die Politik. Selbstverständlich nur vermeintlich, weil der Service Public uns alle angeht. Doch

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

wenn es aufgrund dieser emotional geführten Debatte zur No-Billag-Initiative noch eine kleine Feststellung gibt, dann erlaube ich mir diese: Politiker sind in dem, was sie an Berichterstattung über sich ergehen lassen müssen in Gelas-

senheit um ein Mehrfaches geübter als Medienschaffende. Ich behaupte, dass wir uns gesamthaft über einen Zeitraum von dreissig Jahren zehnmal weniger über Journalisten ärgern, als diese in den letzten zwei Monaten gegenseitig über sich selbst und über alles, was die Konkurrenz über die Konkurrenz

schreibt, verbreitet und verfremdet. Und dies zu beobachten, tut auch einmal wohl. Vielleicht können Medienleute für einmal auch von uns lernen.

Marianne Binder-Keller,
Präsidentin CVP Aargau



Am Parteitag der CVP Aargau im vollbesetzten Salzhaus Brugg diskutierten auf dem Podium der Leiter des Regionaljournals Aargau Solothurn Maurice Velati, der Verleger der AZ-Medien Peter Wanner, der Moderator des Medienclub und der Tagesschau Franz Fischlin sowie Nationalrat Gerhard Pfister, Parteipräsident der CVP Schweiz.

Medien im Kreuzfeuer der Politik

Im Salzhaus Brugg mussten sich am Parteitag für einmal Medienschaffende den kritischen Fragen der Politik stellen und nicht umgekehrt. Thematisiert wurden der Leistungsauftrag der SRG, das Verständnis von Service Public, die Attraktivität polarisierter Debatten, kleine und grosse Monopole und die Qualität der Medien in unserem Land.

Dass nach dem 4. März tabulos über den Leistungsauftrag der SRG diskutiert werden muss, stand gerade auch für die beiden Vertreter der SRG, Franz Fischlin, Moderator Tagesschau und Medienclub sowie Maurice Velati, Redaktionsleiter Regionalredaktion Aargau Solothurn ausser Frage.

Der Verleger Peter Wanner machte den Anspruch geltend, dass auch private Medien einen umfassenden Service Public anbieten können und dementsprechend aus dem Gebührentopf unterstützt werden müssen. Wie aber Service Public umschrieben wird, gab Anlass zu Diskussionen. Gerhard Pfister, Parteipräsident

der CVP Schweiz, ist überzeugt, dass dieser Auftrag vor allem auch politisch verstanden werden muss. Der Zusammenhalt der Schweiz beinhaltet eine angemessene Abbildung aller politischen Kräfte. Sowohl Peter Wanner wie auch Gerhard Pfister wiesen darauf hin, dass die SRG zu gross und zu teuer sei. «Bei der letzten Bundesratswahl waren mehr SRG-Mitarbeitende als Parlamentarier in Bern anwesend», so Pfister.

Barbara Totzke,
Leiterin Kantonalsekretariat



Teilnehmende folgen der Podiumsdiskussionen gespannt.

No Billag – ein No Go!

No Billag bedeutet Sendeschluss für das Schweizer Radio und Fernsehen. Die Initiative ist ein Angriff auf unabhängige Medien und damit auf die direkte Demokratie. Und es geht um die Frage, wieviel ist uns ein Schweizer Fernsehen und Radio mit Qualitätsjournalismus, Schweizer Kultur und Sport, regionale Vielfalt, Schweizerische Identität und Solidarität – wieviel ist uns diese Swissness pur wert?

Art. 93 der Bundesverfassung garantiert einen medialen Service public. Radio und Fernsehen tragen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung bei. Sie berichten sachgerecht und berücksichtigen die Besonderheiten des Landes sowie die Bedürfnisse der Kantone. Diesen Auftrag will die No-Billag-Initiative aus der Verfassung streichen. Im Weiteren verbietet die Initiative explizit, für Radio und Fernsehen Gebühren zu erheben. Stattdessen will sie Konzessionen für Radio und Fernsehen versteigern sowie die unabhängige Beschwerdeinstanz abschaffen.

Jeder soll nur bezahlen, was er konsumiert. Konzessionen gingen an den Meistbietenden, d.h. an hiesige Milliardäre oder ausländische Medienkonzerne. Wollen wir das?

«Donnschtig-Jass», «Eusi Landchuchi», «SRF bi de Lüt», Schwingfeste: Bei der Programmgestaltung setzt SRF auf viel Swissness. Die SRG ist auch ein grosser Sportförderer. Über rund 100 Sportarten berichtete die SRG in den letzten Jahren. Bei einem Ja zu No Billag blieben Randsportarten wie Schwimmen, Reitsport, OL, Volleyball usw. ganz auf der Strecke. Aber selbst ein Laubhornrennen, die Tour de Suisse oder der Spengler Cup in Davos bekämen Probleme, weil die Produktion dieser Grossanlässe ohne Gebühren kaum finanzierbar wäre.

Im Zentrum der Diskussion um No Billag steht das Fernsehen. Betroffen und in der Existenz bedroht ist indes auch das Radio. Interessante Informationssendungen wie «Rendez-vous» oder «Echo der Zeit» würden ebenso verschwinden wie die Regionaljournale und erstklassige Kultur- und Informationsprogramme auf SRF 2.

Mit einem Ja zu No Billag würde der SRG der Stecker gezogen. Damit würde auch ein Stück innerschweizerischer Solidarität verschwinden. Heute gehen 350 Mio. Franken von 870 Mio. Gebühren der Deutschschweiz an die drei andern Landessprachen. Mit dem Aus des Schweizer Fernsehen und Radio würden wir in der Schweiz die mediale Selbstständigkeit verlieren und damit auch ein Stück weit die Selbstbestimmung, was uns als Stimmbürgerin und Stimmbürger nicht gleichgültig sein darf. Nicht nachvollziehbar ist das Ja der SVP. Die selbsternannte Hüterin der Schweizer Eigenständigkeit will die SRG verschern. Das Geld liegt der SVP offensichtlich näher als die Vaterlandsliebe.

Die Schweiz braucht eine starke SRG, welche der internationalen Konkurrenz, die in unser Land einstrahlt und viele Werbemillionen abzieht, Paroli bieten kann.

Sagen wir NEIN zu dieser antischweizerischen, demokratiefeindlichen Initiative.

Ruth Humbel, Nationalrätin



Ruth Humbel, Nationalrätin.



Parolenspiegel

Eidgenössische Vorlagen

Finanzordnung 2021 JA

No Billag NEIN

Kantonale Vorlage

Stipendiengesetz NEIN

Ja zur Verlängerung der Befristung

Der Bund kann die direkten Bundessteuern und die Mehrwertsteuer aufgrund einer Verfassungsbestimmung immer nur befristet erheben. Die neue Finanzordnung 2021 verlängert diese Befristung der wichtigsten Einnahmen des Bundes bis ins Jahr 2035. Der Regierungsrat des Kantons Aargau unterstützt die neue Finanzordnung 2021.

Im Jahr 1958 wurden mit der Wehr- und der Warenumsatzsteuer die Vorläufer der heutigen direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer in der Bundesverfassung befristet verankert. Die Befristung hat historische Ursachen und ist auf die Steuerhoheit der Kantone zurückzuführen. Mit der Befristung wurde auch sichergestellt, dass sich sowohl das Parlament als auch Volk und Stände regelmässig zu den Bundesfinanzen äussern können. Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer sind derzeit bis Ende 2020 befristet. Diese Frist soll mit der neuen Finanzordnung 2021 bis ins Jahr 2035 verlängert werden. Weil dafür die Verfassung angepasst werden muss, kommt es zur Abstimmung.

Die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer machen zusammen knapp zwei Drittel der Einnahmen des Bundes aus. Ohne diese Haupteinnahmequellen

wäre der Bund in seinen Handlungen massiv eingeschränkt. Die neue Finanzordnung 2021 führt zu keinen steuerpolitischen Veränderungen und beinhaltet lediglich die Verlängerung der Befristung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer. Ein Umbau des Steuersystems wird mit dieser Vorlage nicht bezweckt, und es sind damit auch keine Steuererhöhungen verbunden.

Die Verlängerung der Befristung dieser Einnahmen des Bundes geht weder beim Kanton noch bei den Gemeinden oder dem Bund mit finanziellen Auswirkungen einher. Es wird lediglich der Status quo fortgeschrieben. Ebenso bestehen keine Auswirkungen für die Wirtschaft, die Gesellschaft und die Umwelt.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau und die CVP Aargau unterstützen die neue Finanzordnung 2021. ■



Markus Dieth, Regierungsrat Departement Finanzen und Ressourcen.

CVP-Oskar

And the CVP-Aargau-OSKAR goes...

to Isabell Landolfo für die Gründung der Bezirkspartei Kulm und ihr Engagement als Bezirksparteipräsidentin in Kulm.

Seit letztem Herbst haben alle elf Aargauer Bezirke wieder eine Bezirkspartei. Isabell Landolfo aus Birrwil, Aargauische Delegierte der CVP Schweiz, hat am 8. November in der Schifflände Birrwil die CVP des Bezirks Kulm aus der Taufe gehoben. An ihrer Eröffnungsrede beschrieb sie die gemeinsamen Werte der CVP wie Bildung, Lebensqualität, Nachhaltigkeit, Respekt, Sicherheit und Fortschritt aus dem Leitbild der CVP Schweiz und sagte: «Gemeinsam können wir die CVP in unserem Bezirk Kulm stärken und mit persönlichem Engagement neue Mitglieder aus Überzeugung für uns gewinnen.»

Wir danken Isabell Landolfo für ihr Engagement als Bezirkspräsidentin, im speziellen auch für ihre Strassenwahlkämpfe und wir wünschen ihr viel Erfolg. ■



Die strahlende Siegerin Isabell Landolfo.

Was beinhaltet die Vorlage?

Das Ausbildungsbeitragswesen ist Aufgabe von Bund und Kantonen, wobei auf der Sekundarstufe II ausschliesslich die Kantone, im Tertiärbereich Bund und Kantone gemeinsam zuständig sind. Für den Erhalt von Bundesbeiträgen müssen zudem wesentliche Bestimmungen des interkantonalen Stipendienkonkordats eingehalten werden.

Der Aargau ist 2014 dem Stipendienkonkordat beigetreten und hat sich dadurch verpflichtet, bis 2018 die Bestimmungen des Konkordats zu übernehmen. Das kantonale Stipdiengesetz erfüllt diese Vorgaben bereits heute mit einer Ausnahme: Nach geltendem aargauischen Recht sind Ausländerinnen und Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C beitragsberechtigt, während das Stipendienkonkordat eine Ausweitung auf Ausländerinnen und Ausländer mit Ausweis B verlangt, sofern sie seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz aufenthaltsberechtigt sind. Auch der Bund verlangt diese Änderung, damit der Kanton Aargau weiterhin Bundessubventionen im Umfang von jährlich rund 2 Millionen Franken erhält. Zusätzlich zu dieser Änderung hat der Grosse Rat beim Stipdiengesetz weitere Massnahmen zur Stärkung der Darlehen und zu einer restriktiveren



Alfons Paul Kaufmann, Grossrat.

Stipendienvergabe beschlossen, die zu einer finanziellen Entlastung des Kantonsbudgets führen.

Die wichtigsten, im Grossen Rat grossmehrheitlich unbestrittenen Änderungen sind:

- Der Beitritt zum Stipendienkonkordat führt dazu, dass ausländische Personen, die aus Nichtmitgliedstaaten der EU/EFTA stammen und seit mindestens fünf Jahren über eine Jahresaufenthaltsbewilligung verfügen, gesuchsberechtigt sind.
- Die finanziellen Verhältnisse der Eltern von Personen, die sich in Ausbildung befinden, werden länger berücksichtigt.
- Neu können Darlehen gewährt werden, wenn keine finanzielle Unterstützung durch nahestehende Personen erfolgt.
- Für Weiterbildungen und Doktoratsstudien werden nur noch Darlehen gewährt.
- Es werden strengere Regelungen bezüglich der Anrechnung von Wechseln während der Ausbildung eingeführt.

Mit der Beratung des Stipdiengesetzes hat der Grosse Rat zudem die Einführung des sogenannten Splittingsmodells beschlossen. Studentinnen und Studenten sollen fortan ihren Ausbildungsbeitrag in Form eines Stipendiums (zwei Drittel der Summe) und eines rückzahlpflichtigen zinslosen Darlehens (ein Drittel) erhalten. Dies gilt aber nur für die Tertiärstufe. ■

Nein zu Sparübungen zulasten der Chancengerechtigkeit

Die Einführung des Splittingmodells ist eine Änderung mit wenig Sparpotenzial und steht zusätzlich in grossem Widerspruch zu einem chancengerechten Bildungssystem.

Die Einführung des Splittingmodells trifft genau junge Menschen aus finanziell schwachen und eher bildungsfernen Familien, welche auf die Stipendien angewiesen sind. Besonders in der Bildungspolitik muss die Chancengleichheit und Chancengerechtigkeit in unserer Partei, der CVP einen hohen Stellenwert besitzen. Stipendien und somit der einfache Zugang zu einer universitären Ausbildung sind kein Geschenk des Staates, sondern ein Anspruch aller jungen Erwachsenen, die über die Begabung und den nötigen Willen dazu besitzen.

Ausserdem ist der Spareffekt sehr unsicher und auch nicht besonders gross. Für die Bewirtschaftung der Darlehen müssen neue Stellen in der Verwaltung geschaffen werden und viele Studierende werden lieber in Teilzeit studieren und nebenbei arbeiten. Als Folge davon wird der Kanton auch länger Ausbildungsbeiträge an die Hochschulen zahlen müssen. Unter dem Strich bedeutet dies deshalb mehr Kosten als Nutzen. Der Aargau würde zusätzlich bei den Stipendienausgaben schweizweit den letzten Platz belegen, also das interkantonale Schlusslicht bilden.

Die Junge CVP Aargau wie auch die CVP Aargau haben zum Stipdiengesetz die Nein-Parole beschlossen. Zweifelhafte Sparübungen auf dem Rücken der Jungen und Schwachen sind weder nützlich oder fair, noch sind sie der richtige Weg.



Valentin Roniger,
Vorstand Junge CVP Aargau.

Agenda

1. März 2018

Senioren CVP: Generalversammlung



4. März 2018

Volksabstimmungen

15. März 2018

Bezirkspartei Rheinfelden: Generalversammlung

24. März 2018

CVP Frauen Schweiz: Mitgliederversammlung

21. April 2018

CVP Schweiz: Delegiertenversammlung

24. April 2018, 19.30 Uhr

Parteitag CVP Aargau

Die Termine finden Sie unter <http://www.cvp-aargau.ch/events>

AZB
5000 Aarau

**Haben Sie eine neue Adresse?
Oder wollen Sie uns einen Beitrag
schicken?**

**Schreiben Sie uns auf
info@cvp-aargau.ch**

Herausgeber

CVP Aargau,
Mitgliederzeitschrift der CVP Aargau

Erscheinungsweise

4–5× jährlich

Jahresabonnement

Fr. 40.–

Auflage

7650 Exemplare

Administration

Sekretariat CVP Aargau,
Laurenzenvorstadt 79, 5000 Aarau
Tel. 056 222 97 97

E-Mail

info@cvp-aargau.ch

Gestaltung, Satz und Druck

Bürli AG, Döttingen